

Der Schweizer Erweiterungsbeitrag

Aktivitäten und Resultate im Jahr 2014



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

**Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA**

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Liebe Leserinnen und Leser

«Dobro došla Hrvatska!», zu Deutsch «Willkommen Kroatien!» hiess es am 1. Juli 2013, als Kroatien als 28. Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) beitrug. Am 11. Dezember 2014 hat das Schweizer Parlament den Erweiterungsbeitrag von 45 Millionen Franken für Kroatien bewilligt. Die Schweiz unterstützt mit diesem Beitrag auch den jüngsten Mitgliedstaat der EU beim Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten.

Für Bulgarien und Rumänien, welche 2007 der EU beigetreten sind, markierte das Berichtsjahr ebenfalls einen Meilenstein: Bis am 7. Dezember wurden sämtliche Mittel für 28 Projekte und 13 Thematische Fonds in einem Gesamtwert von 257 Mio. Franken verpflichtet. Die Projekte sind sehr vielfältig und reichen von der Entsorgung von giftigen Pestiziden und Haushaltsabfällen in Bulgarien über die Verbesserung der

Luftrettung in Rumänien bis hin zur Korruptionsbekämpfung in diesen beiden Ländern. Einige Projekte befinden sich bereits in der Umsetzung und zeigen erfreuliche Resultate.

Die restlichen zehn Länder, welche durch den Erweiterungsbeitrag unterstützt werden – Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern (EU-10) – feierten 2014 bereits ihre zehnjährige Mitgliedschaft in der EU. Die Umsetzung der 210 durch den Erweiterungsbeitrag finanzierten Projekte verläuft trotz einiger Verzögerungen nach Plan.

Wie Sie dem vorliegenden Jahresbericht entnehmen können, gibt es auch aus dem Jahr 2014 wieder viel über die neusten Entwicklungen zu berichten.

Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre.

Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch



Staatssekretärin
Direktorin des SECO

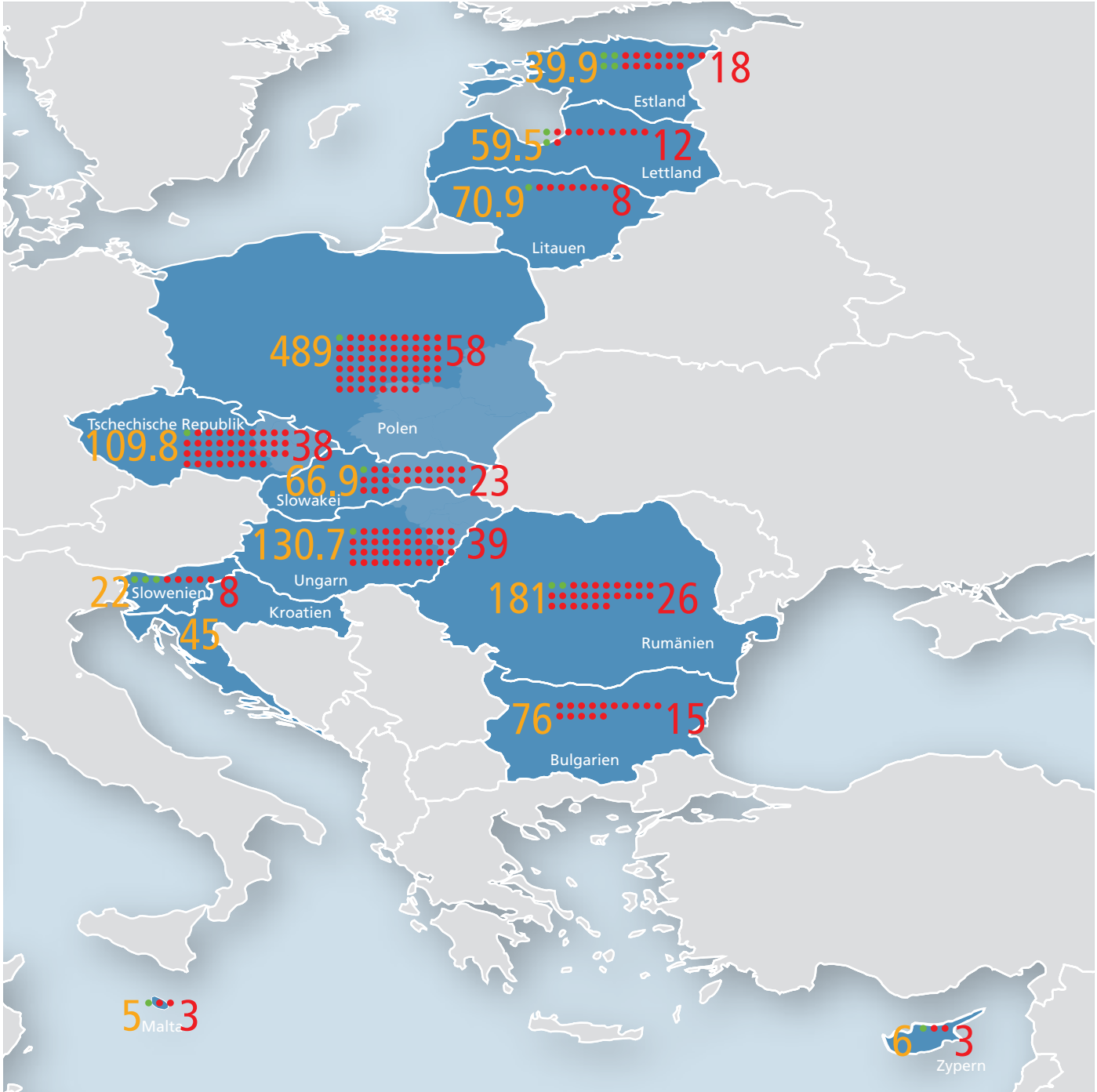


Manuel Sager



Botschafter
Direktor der DEZA





- Betrag in Mio. CHF
- Anzahl der Projekte und Thematischen Fonds
- Abgeschlossene Projekte

Überblick

Mit dem Schweizer Erweiterungsbeitrag von insgesamt 1,302 Milliarden Franken unterstützt die Schweiz Projekte in denjenigen Ländern, welche der EU seit dem Jahr 2004 beigetreten sind. Damit leistet die Schweiz einen Beitrag zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU. Seit dem Jahr 2007 profitieren Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern von der Finanzierung konkreter Projekte von gesamthaft einer Milliarde Franken. Der Schweizer Erweiterungsbeitrag wurde 2009 um zusätzliche 257 Millionen Franken an Bulgarien und Rumänien, seit 2007 EU-Mitglieder, aufgestockt. Schliesslich unterstützt die Schweiz Kroatien, das am 1. Juli 2013 als 28. Mitgliedstaat der EU beigetreten ist, mit einem Beitrag von 45 Millionen Franken.

Der Schweizer Erweiterungsbeitrag basiert auf dem Volksentscheid von 2006, bei dem die Schweizer Stimmberechtigten das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas genehmigt haben. Das Volk hat damit die Absicht geäussert, sich mit einem Erweiterungsbeitrag am Abbau

der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU zu beteiligen. Der Erweiterungsbeitrag ist ein Zeichen der Solidarität und der Verantwortung. Damit festigt die Schweiz auch ihre Beziehungen zur EU – ihrer wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Partnerin.

Die Schweiz entscheidet über die Umsetzung des Erweiterungsbeitrags autonom und vereinbart direkt mit den Partnerstaaten, welche Projekte sie unterstützt. Die Projektpartner tragen in der Regel mindestens 15% der Projektkosten selber. Das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO und die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA betreuen den Erweiterungsbeitrag gemeinsam. Die Mitarbeitenden in den Büros in Warschau, Riga, Budapest, Prag, Bratislava, Bukarest und Sofia kennen die lokalen Verhältnisse und verfügen über direkte Kontakte. So vermindert sich das Risiko von Fehlinvestitionen. Bei Verdacht auf Unregelmässigkeiten kann die Schweiz Auszahlungen stoppen und unrechtmässig ausbezahlte Beiträge zurückfordern.

Der Erweiterungsbeitrag in Zahlen:

Rund 300 Projekte in den EU-12 genehmigt

5 Projektziele: Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern; soziale Sicherheit erhöhen; Umwelt schützen; öffentliche Sicherheit erhöhen; Zivilgesellschaft stärken

1,302 Milliarden Franken zur Verringerung wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten in Europa

13 Partnerstaaten: Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern

100% des Projektbudgets in den EU-10 sowie Bulgarien und Rumänien verpflichtet

103 Millionen Franken Aufträge an Schweizer Unternehmen aus dem Erweiterungsbeitrag

1'000 Mikrokredite vergeben und dadurch 2'500 Stellen erhalten oder neu geschaffen in Lettland

31'000 Tonnen Asbest von privaten und öffentlichen polnischen Gebäuden fachgerecht abgebaut und entsorgt

6'000 Polizistinnen und Polizisten in der Slowakei im Umgang mit radioaktiven Substanzen geschult

4'000 Roma profitieren in der Slowakei vom Zugang zu Schul- und Berufsbildung und Beratungen im Gesundheitsbereich

34 öffentliche Gebäude in Slowenien heizen mit erneuerbaren Energien

Über 400 junge Forschende absolvieren dank einem Sciex-Stipendium einen befristeten Aufenthalt an einer schweizerischen Forschungsinstitution

Highlights 2014

Kroatien

Die Schweiz begrüsst den Beitritt von Kroatien zur EU vom 1. Juli 2013 und anerkennt dies als weiteren Schritt zu mehr Sicherheit, Stabilität und Wohlstand auf dem europäischen Kontinent. Die Schweiz und die EU ergänzen am 2. Mai 2014 die bestehende Absichtserklärung (*Memorandum of Understanding*) über den Schweizer Erweiterungsbeitrag mit einem Nachtrag für Kroatien. Ende Mai überweist der Bundesrat die Finanzierungsbotschaft über einen Rahmenkredit von 45 Millionen Franken ans Parlament, welches das Geschäft am 11. Dezember 2014 verabschiedet. Damit bestätigen Parlament und Bundesrat ihre Absicht, Kroatien gleich zu behandeln wie die anderen seit 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten und mit einem Erweiterungsbeitrag zu unterstützen.

Nun ist die sogenannte Verpflichtungsperiode angefallen: Kroatien schlägt der Schweiz Projekte vor, die mit der Zustimmung der Schweiz im Rahmen des Erweiterungsbeitrags unterstützt werden. Am 31. Mai 2017 muss die Schweiz die gesamten zur Verfügung stehenden Mittel verpflichtet haben. Die Schweiz und Kroatien sind bestrebt, thematisch und geografisch konzentrierte Projekte zu unterstützen, um eine effiziente und wirkungsvolle Umsetzung zu gewährleisten. Es zeichnet sich ab, dass mehrere Projekte im Bereich Wasserversorgung und Abwasseraufbereitung unterstützt werden. Beide Länder streben zudem eine Zusammenarbeit in der Forschung und Berufsbildung an. Wie in anderen Partnerländern sind ausserdem ein Fonds für Nichtregierungsorganisationen (NGO-Fonds) und ein Partnerschaftsfonds zur Stärkung der Zivilgesellschaft geplant. Ausserdem will die Schweiz Kroatien bei der Minenräumung in kriegsversehrten Regionen unterstützen.



Eckwerte zu Kroatien

Auf einer anderthalbmals so grossen Fläche wie der Schweiz leben in Kroatien rund 4,25 Millionen Menschen. Die Disparitäten innerhalb des Landes sind sehr ausgeprägt: So gibt es in Kroatien wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten zwischen der Hauptstadt Zagreb und touristisch geprägten Küstenregionen einerseits und den übrigen strukturschwachen und teilweise noch immer kriegsversehrten Regionen andererseits. Kroatiens Wirtschaft wuchs nach dem Unabhängigkeitskrieg (1991–1995) stetig, bis sie aufgrund der internationalen Wirtschaftskrise 2009 einen massiven Einbruch erlitt. Seither befindet sich Kroatiens Wirtschaft in der Rezession. Das kaufkraftbereinigte BIP pro Kopf liegt in Kroatien bei rund 62 Prozent des EU-weiten Durchschnitts. Die seit 2008 stark ansteigende Arbeitslosenquote liegt Ende 2014 bei 17 Prozent, rund die Hälfte der Jugendlichen unter 25 Jahren ist ohne Arbeit.

Ende der Verpflichtungsperiode mit Bulgarien und Rumänien

Bis zum Abschluss der fünfjährigen Verpflichtungsperiode am 7. Dezember 2014 hat die Schweiz in Bulgarien und Rumänien die gesamten zur Verfügung stehenden Projektmittel verpflichtet. Es sind dies 181 Millionen Franken für Rumänien und 76 Millionen Franken für Bulgarien. Insgesamt sind 28 Projekte und 13 Thematische Fonds, welche zahlreiche Einzelprojekte bündeln, geplant. Diese sind teilweise bereits in der Umsetzungsphase und weisen erste Resultate vor.

Sowohl die Schweiz als auch die beiden Partnerländer informieren zum Abschluss der Verpflichtungsperiode die Öffentlichkeit an Medienanlässen über die genehmigten Projekte. Die Publikation «Zwischenbilanz zum Ende der Verpflichtungsperiode mit Bulgarien und Rumänien» legt die Umsetzung während der ersten fünf Jahre im Detail dar und kann auf der Webseite zum Schweizer Erweiterungsbeitrag www.erweiterungsbeitrag.admin.ch in der Rubrik «Publikationen» eingesehen und bestellt werden.



Projektbeispiel 1: Gesicherte Darlehen für rumänische KMU

Kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) sind zentral für die wirtschaftliche Entwicklung Rumäniens. Oft ist es für ein Kleinunternehmen aufgrund mangelnder Sicherheiten schwierig, von Geschäftsbanken die notwendigen Kredite zu erhalten. Die Schweiz beteiligt sich daher mit 24,5 Millionen CHF an einem Darlehensfonds für Investitionskredite von maximal 100'000 CHF, die durch Garantien gesichert sind. Ein Unternehmen mit 20 Angestellten beispielsweise erhielt ein Darlehen von 79'000 CHF, um eine Werkzeugmaschine zu kaufen, die durch den Einsatz moderner Steuerungstechnik 3D-Werbeprodukte zuschneiden kann. Die Anschaffung ermöglicht die Beschäftigung von drei neuen Mitarbeitenden. Für weitere Informationen siehe die obengenannte Broschüre zu Bulgarien und Rumänien auf den Seiten 22–23.



Projektbeispiel 2: Einbezug der bulgarischen Zivilgesellschaft in den Umwelt- und Naturschutz

In Bulgarien unterstützt die Schweiz mit dem Thematischen Fonds Zivilgesellschaft das Projekt *Linking Nature Protection and Sustainable Rural Development*. Die Zivilgesellschaft wird in die nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft sowie den Natur- und Umweltschutz eingebunden. Die Projektverantwortlichen arbeiten eng mit Schweizer Partnerorganisationen zusammen, unter anderem mit Pro Natura und dem *Réseau Echange Développement Durable* (REDD), die über wertvolle Erfahrung in diesen Bereichen verfügen. Auch der nachhaltige Anbau, der Vertrieb und die Vermarktung von Bio-Produkten (z.B. biologisch produzierter Käse und Honig) sind wichtige Bestandteile des Projekts, was durch Schulung und Weiterbildung von Fachpersonen erreicht wird. Ende 2014 produzieren bereits 20 Bauernbetriebe biologisch und vermarkten ihre Produkte direkt. Für weitere Informationen siehe die obengenannte Broschüre zu Bulgarien und Rumänien auf den Seiten 30–31.

Resultate nach Projektzielen

Im Rahmen des Erweiterungsbeitrags befinden sich zurzeit rund 300 Projekte in der Umsetzung oder sind abgeschlossen. Verschiedene Resultate in den fünf Zielbereichen liegen Ende 2014 vor:

Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsbedingungen verbessern

In zehn strukturschwachen Regionen Polens erhielten 460 KMU und *Start-Ups* Unterstützung in Form eines Kredits, der den Auf- und Ausbau ermöglicht und neue Arbeitsstellen schafft. Auch in Rumänien haben 57 Kleinunternehmen Zugang zu einem Investitionskredit erhalten, damit sie wettbewerbsfähiger werden und langfristig direkt von Geschäftsbanken Kredite erhalten können. In Lettland konnten dank über 1'000 Mikrokrediten bisher rund 2'500 Stellen erhalten respektive neu geschaffen werden. In Polen

sind 3'500 Expertinnen und Experten im Bereich der internationalen Normen für Rechnungslegung und Buchprüfung geschult. Diese Massnahmen schaffen mehr Transparenz und verbessern das Investitionsklima. Ausserdem konnten bislang über 400 Akademikerinnen und Akademiker aus den Partnerländern einen befristeten Forschungsaufenthalt in der Schweiz absolvieren.

Soziale Sicherheit erhöhen

In der Slowakei sind drei neue und sieben bestehende Gemeindezentren, unter anderem für Roma, gebaut respektive saniert. Dadurch profitieren bereits 4'000 Roma von Schul- und Berufsbildung sowie Beratungen im Gesundheitsbereich. In Litauen sind 22 Spitäler mit moderner medizinischer Ausrüstung (z.B. Ultraschall-Geräten) ausgestattet. In Rumänien wurde die Sicherheit des Luftrettungsdienstes dank einem Weiterbildungsprogramm der REGA für rumänische Piloten erhöht. In Lettland bieten

17 renovierte Jugendzentren verschiedene Freizeitaktivitäten und Seminare für Jugendliche und Jugendarbeitende aus abgelegenen und benachteiligten Regionen an. In Bulgarien werden rund 200 Patientinnen und Patienten nach dem Vorbild des «Spitex»-Modells zu Hause gepflegt. Ausserdem transportieren 110 Schulbusse täglich über 7'000 Kinder aus 59 lettischen Gemeinden und ermöglichen ihnen somit einen sicheren Zugang zur Bildung.

Umwelt schützen

Die durch die Schweiz teilfinanzierten Projekte zum Schutz der Umwelt sind äusserst vielfältig. In Ungarn ist die Trinkwasserversorgung und -qualität in elf Gemeinden des Bezirks Borsod-Abaúj-Zemplén verbessert worden. Dies wurde erreicht, indem über acht Kilometer Rohrleitungen neu verlegt respektive saniert wurden. Weitere sieben Kilometer asbesthaltige Zementrohre wurden durch Kunststoffrohre ersetzt. Im Rahmen des Erweiterungsbeitrags haben sechs Gemeinden in der Slowakei elf Kilometer Kanalisation gebaut, damit auf die aufwändige Sammlung des Abwassers in septischen Tanks verzichtet werden kann. In Lettland konnten in drei mit Öl

verseuchten Gebieten im Industriehafen Rigas bisher 160 Tonnen Erdölrestbestände abgepumpt werden. Dank 30'000 Quadratmeter Solarzellen beziehen in Polen 6'000 private Haushalte und sieben öffentliche Gebäude ihr Warmwasser aus erneuerbaren Energiequellen. Zusätzlich sind in Polen 31'000 Tonnen Asbest von privaten und öffentlichen Gebäuden fachgerecht abgebaut und entsorgt worden. Die slowenischen Projektpartner installierten Biomasseheizungen, Photovoltaik und Wärmepumpen zur Erzeugung von Wärme und Energie für gesamthaft 34 öffentliche Gebäude.



Partnerschaften stärken bilaterale Beziehungen

In vielen Projekten des Erweiterungsbeitrags wirkt eine Schweizer Fachinstitution (z.B. Kantone, Vereine, Stiftungen, Bundesämter) mit. Dies trägt zur Qualität der Projekte bei und fördert gleichzeitig eine langfristige Zusammenarbeit und internationale Vernetzungen, die das Projektende überdauern können und damit die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und den Partnerländern stärken. So haben sich dank dem Stipendienprogramm für junge Akademikerinnen und Akademiker viele nachhaltige Partnerschaften zwischen Schweizer und ausländischen Universitäten entwickelt. Die Unterstützung des Trägervereins Energiestadt Schweiz beim Aufbau eines rumänischen Vereins und bei der Einführung nachhaltiger Energiepolitik in rumänischen Gemeinden ist ein weiteres Beispiel einer langfristigen Partnerschaft.

Öffentliche Sicherheit erhöhen

In Polen sind zwei Projekte zur Verbesserung der Grenzsicherheit an der Schengen-Aussengrenze zu Weissrussland bereits abgeschlossen: Am Grenzbahnhof Siemianówka sowie dem Strassenübergang Połowce sind mehrere Gebäude renoviert oder neu gebaut und ein Schmuggeldetektor installiert. Die mobile Grenzpolizei, die im grenznahen Hinterland im Einsatz ist, ist mit 70 Fahrzeugen mit spezieller

Ausrüstung ausgestattet. Diese beiden Massnahmen verbessern die Überwachung der Grenze und unterstützen den effizienten Kampf gegen den Schmuggel. In der Slowakei sind 6'000 Polizistinnen und Polizisten im Umgang mit radioaktiven Substanzen geschult. In Lettland sind in 116 Grundschulen Rauchdetektoren installiert. Dadurch sind 6'000 Schulkinder im Brandfall besser geschützt.

Zivilgesellschaft stärken

In den meisten Ländern sind die Projekte zur Unterstützung der Zivilgesellschaft (NGO- und Partnerschaftsfonds) weit fortgeschritten. In Polen konnten 2014 alle 337 NGO-Projekte abgeschlossen werden. Eines von insgesamt 62 Kleinprojekten, das die Schweiz in Litauen unterstützt, ist die Organisation *Maistobankas* (dt.: Tafel). Diese verteilt täglich rund acht Tonnen Lebensmittel an bedürftige Menschen

und soziale Institutionen. In einer Aufklärungskampagne sensibilisiert sie die litauische Gesellschaft für das Thema Verschwendung von Nahrungsmitteln. Seit 2011 pflegt die NGO einen engen Kontakt mit der Schweizer Tafel, ein Projekt der Stiftung «*Hoffnung für Menschen in Not*», die ebenfalls Lebensmittel verteilt und ähnliche Ziele verfolgt.



Stimmen aus den Partnerländern

«Dank des Schweizer Beitrags produziere ich heute selber Käse.»

Boleslaw Bobak, Käseproduzent, Polen

Regionalentwicklung: Die Schweiz fördert die Gründung von Unternehmen durch die Entwicklung und gezielte Vermarktung von regionalen Produkten.



«Mein Geschäft, meine Zukunft: Dank der Schweiz konnte ich drei neue Stellen schaffen.»

Adrian Miler, Unternehmer, Rumänien

Investitionskredite für KMU: Der Schweizer Beitrag ermöglicht rumänischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gesicherte Darlehen. Das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der KMU und schafft Arbeitsplätze.



«Mit 45 Jahren habe ich meine Schulbildung nachgeholt und endlich eine Arbeit gefunden.»

Ernőné Balázs, Gemüsegärtnerin, Ungarn

Unterstützungsfonds für NGO: Die Schweiz unterstützt ausgewählte ungarische Nichtregierungsorganisationen (NGO) bei der Durchführung eigener Projekte. Die Stiftung *I accept you* ermöglicht sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen eine Ausbildung in der Landwirtschaft.



«Ich bevorzuge diese Art von Tramhaltestellen. Sie sind für mich zugänglicher, bequemer, aber hauptsächlich sicherer.»

Božena Šimková (53), Bewohnerin von Ostrava, Tschechische Republik

Basisinfrastruktur und öffentlicher Verkehr: Mit dem Schweizer Beitrag erhöht Ostrava die Sicherheit des öffentlichen Verkehrs. Dabei werden das Verkehrsnetz ausgebaut, die Infrastruktur verbessert und Tramstationen behindertengerecht umgebaut.



«Dank der spitalexternen Pflege fühle ich mich zu Hause sicher aufgehoben.»

Gena Nikolova (89), Rentnerin, Bulgarien

Spitalexterne Hilfe und Pflege: Ein spitalexternes Pflegesystem verbessert die Lebensqualität von chronisch kranken oder behinderten älteren Menschen. Es wurde mit der Unterstützung der Schweiz aufgebaut.



«Hier im neu sanierten Spital fühlen wir uns gut aufgehoben.»

Dalia Taujanskienė, Mutter, Litauen

Gesundheit von Mutter und Kind: Die Schweiz leistet in Litauen einen Beitrag an die Gebäudesanierung von 22 Spitälern, an die Anschaffung neuer Geräte und an die Weiterbildung des Gesundheitspersonals.



«Im Gemeindezentrum lerne ich mit dem Computer umgehen – das macht mir Spass!»

Juliana Janová (10), Schülerin, Slowakei

Gemeindezentren für Jugendliche: Die Schweiz unterstützt in der Slowakei zehn Gemeindezentren, die Kurse und Aufgabenhilfe anbieten, insbesondere für Roma.



«Dank des Schweizer Beitrags können wir umweltgefährdende Altlasten entsorgen.»

Klavs Brangulis, Projektverantwortlicher, Lettland

Altlastensanierung: Die Schweiz ermöglicht Lettland, Altlasten aus der Sowjetzeit sachgerecht zu entsorgen und zu verhindern, dass Erdölprodukte in den Fluss Daugava und in die Ostsee gelangen.



«Neue Ausrüstung und Ausbildung haben die Bekämpfung von organisiertem Verbrechen in Estland und an den EU-Aussengrenzen effizienter gemacht.»

Aleksander Miksjuk, Finanzbeamter, Estland

Massnahmen zur Sicherung der Grenzen: Ein System zur automatischen Kennzeichenerkennung in estnischen Seehäfen hilft, Steuerhinterziehung und Schmuggel beim Warentransport zu verhindern. Davon profitiert der gesamte Schengen-Raum.



«Dank des Schweizer Beitrags ist unser Heizsystem energieeffizienter geworden.»

Valentin Torkar, Hauswart der Grundschule Bled, Slowenien

Energieeffizienz und erneuerbare Energien: Die Schweiz unterstützt Slowenien bei Gebäudesanierungen und der Einführung von erneuerbaren Energien für Strom und Heizung in über 40 öffentlichen Gebäuden.



Impressum

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA

3003 Bern

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

3003 Bern

Gestaltung:

Visuelle Kommunikation, EDA

Fotos:

© SECO / DEZA; Titelbild links: Fotolia Nino Pavisic; Seite 6: Bild links Fotolia pioregur, Bild rechts Fotolia Nino Pavisic

Download:

www.erweiterungsbeitrag.admin.ch (> Der Erweiterungsbeitrag > Publikationen)

Fachkontakt:

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA

Abteilung Neue EU-Mitgliedstaaten

Freiburgstrasse 130, 3003 Bern

Telefon: +41 58 462 68 46

swiss-contribution@eda.admin.ch

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Ressort Erweiterungsbeitrag/Kohäsion

Holzikofenweg 36, 3003 Bern

Telefon: +41 58 462 78 24

swiss-contribution@seco.admin.ch

www.erweiterungsbeitrag.admin.ch

Bern, April 2015